

25. Mai 2011 | Ronald Schminke zu:

Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei öffentlicher Auftragsvergabe (Niedersächsisches Tariftreue- und Vergabegesetz)

(- Gesetzentwurf der Fraktion der SPD - Drs. 16/3636)

Ronald Schminke, SPD:

Herr Präsident!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für uns Sozialdemokraten ist die Vergabe öffentlicher Aufträge nur an tariftreue Unternehmen sinnvoll. Wir wollen ordnungspolitisch, aber vor allem rechtlich alles tun, um Wettbewerbsverzerrungen auf dem Rücken von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie der Betriebe zu verhindern. Denn wir wollen wieder verlässliche und faire Rahmenbedingungen für alle Beteiligten schaffen. Deshalb bringen wir heute ein neues Tariftreue- und Landesvergabegesetz ein, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der SPD)

Unser heute vorliegender Gesetzentwurf ist eine unverzichtbare Grundlage für Beschäftigung zu ordentlichen Tarifen und unter anständigen Arbeitsbedingungen. Das ist sozialpolitisch ein Gebot, weil wir bei der Vergabe von Aufträgen aus Steuergeldern eine gute Vorbildfunktion ausüben wollen, meine Damen und Herren. Wir Sozialdemokraten haben ein großes Interesse daran, den Wettbewerb über Qualität, Innovation und gute Leistung zu regeln. Wir wollen den Firmen den Zuschlag geben, die junge Menschen ausbilden, die den Frauen im Unternehmen Chancengleichheit gewähren, die Betriebsräte als Normalität verstehen Frau König, das sollten Sie sich merken, die sich an Tarifverträge und Gesetze halten. Wir wollen vor allem diejenigen, Frau König, für die das alles Normalität ist, mit Aufträgen belohnen. (Beifall bei der SPD)

Darum nehmen wir mit diesem Gesetz Verantwortung wahr. Wir erhöhen die Marktchancen der tariftreuen Unternehmen. Es gibt auch bessere Marktchancen für heimische Unternehmen; denn diese waren oft genug die Leidtragenden bei Submissionen.

Wir bekommen auch mehr Gewerbesteuern in die Kassen. Die Kaufkraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird gestärkt. Daraus resultieren neue Umsätze und neue Arbeitsplätze. Sozialversicherungsbeiträge fließen. Eines Tages wird Papst Benedikt den Segen des Gesetzes erkennen und uns alle selig sprechen, meine Damen und Herren. (Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Das sage ich in Richtung der CDU, damit Sie auch Lust haben mitzumachen. (Ernst-August Hoppenbrock [CDU]: Lächerlich!)

Wir werden mit diesem Tariftreuegesetz Lohndumping und illegale Beschäftigung verhindern helfen. Das ist wichtig, weil diese Form des modernen Sklaventums zutiefst menschenverachtend ist und weil es an der Zeit ist, endlich diesen kriminellen Strukturen mit klaren Regeln den Nährboden zu entziehen, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Dabei haben wir kompetente Partner an unserer Seite. Alle Einzelgewerkschaften des DGB und auch die Handwerksmeister unterstützen diese Ziele nachdrücklich. Herr Kollege Bley als

Handwerkspräsident wird Ihnen das sicherlich gerne bestätigen, wenn er einmal eine gute Minute erwischt. (Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben in der Vergangenheit mit dem Vergabegesetz gedanklich immer zuerst Bauleistungen verbunden. Denn diese Branche leidet wie kaum eine andere unter übelsten Verwerfungen. Die Vorkommnisse auf der Landesbaustelle für die JVA Göttingen habe ich Ihnen aus meinem eigenen Erleben geschildert. Mit einem anständigen Tariftreue- und Vergabegesetz, wie wir es Ihnen heute vorlegen, wollen wir genau solche Zustände gar nicht erst entstehen lassen. Solche Firmen gehören vom Markt. Sie dürfen keine Aufträge bekommen, schon gar nicht aus Steuergeldern.
(Beifall bei der SPD - Ernst-August Hoppenbrock [CDU]: Wir haben doch ein Vergabegesetz!)

Die Rechtsanwälte haben in der Folge der Göttinger Ereignisse durch das sogenannte Rüffert-Urteil den Kern des alten Landesvergabegesetzes gekippt. Die FDP jubelte damals und forderte sofort die Abschaffung des gesamten Landesvergabegesetzes. Aber das haben wir, Frau König, dann doch noch verhindern und ein Rumpfgesetz erhalten können.
(Ernst-August Hoppenbrock [CDU]: Wer?)

Frau König, überlegen Sie einmal: Warum sind Sie heute bei 3 % oder weniger? Warum fliegen Sie hochkant aus den Parlamenten? - Klientelpolitik, Privatisierung, Entsolidarisierung! Bei dieser Politik sind 3 % noch fürstlich. Das kann ich Ihnen sagen.
(Beifall bei der SPD)

Wir waren über das Rüffert-Urteil gar nicht glücklich. Aber wir haben uns der Sache gestellt, und wir haben nach Lösungsansätzen gesucht, wie wir schnellstmöglich wieder zu Regelungen kommen, die einerseits unsere Zielsetzungen für einen fairen Wettbewerb berücksichtigen und andererseits mit den europäischen Rechtsnormen im Einklang stehen.

Auch andere Bundesländer haben sich an die Arbeit gemacht, z. B. Rheinland-Pfalz, Bremen, Berlin. Überall dort, wo Sie nichts zu melden haben, sind gute gesetzliche Regelungen entstanden, die mit europäischen Leitsätzen im Einklang stehen.

Meine Damen und Herren, Niedersachsen darf nicht abgekoppelt werden. Wir wollen nicht Schlusslicht sein. Ganz im Gegenteil, wir wollen Vorreiter für Chancengleichheit im Wettbewerb sein. Darum beraten wir heute dieses Gesetz.

Wir freuen uns, Ihnen heute mit unserem Gesetzentwurf eine EU-rechtskonforme Lösung anzubieten, die fachkundige, leistungsstarke und gesetzestreue Unternehmen begünstigt. Denn das war ja das Ziel dieses Gesetzes.

Meine Damen und Herren, wir haben in das Gesetz auch die Vergaben im ÖPNV und im SPNV aufgenommen. Dazu sollten Sie zur Kenntnis nehmen, dass ca. 60 bis 70 % der Kosten ausschließlich auf Personalkosten entfallen. Daraus dürfen Sie schlussfolgern, dass der Wettbewerb und die Preisfindung bisher maßgeblich über die Personalkosten stattgefunden haben. Das bedeutet im Klartext folgende Formel: Wer Tarife eingehalten hat, hatte das Nachsehen, und wer den Mondscheintarif also nicht korrekt gezahlt hat, war klar im Vorteil und bekam den Auftrag. Genau das wollen wir zukünftig ändern. Das muss aufhören. (Beifall bei der SPD)

Sie, meine Damen und Herren von der Noch-Regierungscoalition, haben die Einbeziehung dieser Bereiche in der Vergangenheit immer strikt abgelehnt und sie sogar aus dem alten Gesetz herausgestrichen. Dafür gibt es aber gar keinen vernünftigen Grund. Denn

Lohndumping findet längst nicht mehr nur im Baugewerbe statt, sondern immer häufiger auch in anderen Branchen. Darum sind Vergaben von Dienstleistungen ebenso von Bedeutung. Denn auch hier gilt es, den Tarifvertrag mit einer anständigen Gewerkschaft und vor allem mit einem repräsentativen Tarif einzuhalten.

Wir haben im Landesvergabegesetz ein Mindestentgelt in Höhe von 8,50 Euro je Stunde festgeschrieben, welches bereits bei der Angebotsabgabe durch den Auftragnehmer schriftlich zu bestätigen ist. Wir haben da eine untere Schwelle eingezogen, die jährlich überprüft wird und auch angeglichen werden kann.

(Ernst-August Hoppenbrock [CDU]: Wer bietet mehr?)

Auch die Bestimmungen des Entsendegesetzes werden in der jeweils gültigen Fassung vom Gesetz erfasst. Somit sind auch die tariflichen Mindestlöhne der betroffenen Branchen erfasst. Auch das war uns wichtig. (Beifall bei der SPD)

Das Wort „Mittelstandsförderung“ sagt Ihnen vielleicht nicht so viel. Aktuell kann man überall nachlesen: Wirtschaftsförderung findet bei Ihnen nach Gutdünken statt - oder nach ganz anderen Kriterien; das werden wir herausfinden. - Aber uns ist die Mittelstandsförderung wichtig. Darum wollen wir kleine und mittelständische Unternehmen bei der Vergabe von Leistungen ausdrücklich berücksichtigt wissen.

Ebenso lassen wir Umweltaspekte nicht außer Acht. Umweltfreundliche Technologien sind im Schienenpersonennahverkehr ebenso erwünscht wie die Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen.

Bei Generalunternehmen, die Subunternehmen beauftragen, bleibt es bezüglich der Durchgriffshaftung bei Verstößen so, wie es bereits im bisherigen Gesetz geregelt war: Der Generalunternehmer haftet für alle Nachunternehmer. - Diesen Grundsatz wollen wir beibehalten; denn er ist gut und praktisch.

Meine Damen und Herren, wir wollen keinen Unterbietungswettbewerb in Europa zulassen. Darum sind wir an dieser Stelle knallhart. Wir stehen ausdrücklich zur Dienstleistungsfreiheit. Aber wer den gemeinsamen Markt erhalten will, der muss auch für faire Spielregeln am Markt eintreten. Sonst wird man unglaublich, und dann fliegt man raus wie die FDP. (Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, eine sehr wichtige Änderung haben wir mit dem sogenannten Schwellenwert vorgenommen, indem wir ihn von bisher 30 000 Euro auf nunmehr 10 000 Euro abgesenkt haben, weil sich ein Großteil der Vergaben deutlich unterhalb von 30 000 Euro bewegte und weil wir kein Verständnis dafür aufbringen, einen Großteil der Vergaben außerhalb aller Spielregeln durchzuführen. Meine Damen und Herren, das Vergabegesetz bringt Ordnung und Sicherheit in den Wettbewerb. Das Gesetz sichert Einkommen in der Arbeitnehmerschaft. Durch höhere Steuereinnahmen und durch Einsparung von Transferleistungen in geschätzter Höhe von 7 Milliarden Euro profitiert auch der Staat, wenn wir das umsetzen. Das Gesetz bedeutet eine deutliche Verbesserung. Wir Sozialdemokraten legen damit bereits heute die Grundlage für 2013.

(Ernst-August Hoppenbrock [CDU]: Leider vergebens!)

Denn dann sind wir dran, Herr Hoppenbrock. Dann regieren wir dieses Land, und alles wird gut.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Ernst-August Hoppenbrock [CDU]: Träum weiter!)